



40. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Gremium:

Ausschuss für Finanzen

Sitzungstermin:

Mittwoch, 17.10.2012, 17:30 Uhr

Ort, Raum:

R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 05.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung | |
| 3 | Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam | Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen |
| 3.1 | Sachstand Jahresabschlüsse - insbesondere Treuhandvermögen | Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen |
| 4 | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung | |
| 4.1 | Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
12/SVV/0461 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 4.2 | Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
12/SVV/0468 | Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 4.3 | Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt
12/SVV/0598 | Fraktion DIE LINKE |

- | | | |
|-----|--|---|
| 4.4 | Wohnheimplätze am Luftschiffhafen
12/SVV/0601 | Fraktion DIE LINKE
neue Fassung vom 19.09.12 |
| 4.5 | Kostenlose Nutzung des ÖPNV
12/SVV/0528 | Oberbürgermeister |
| 4.6 | Neubau einer Skaterhalle
12/SVV/0590 | Oberbürgermeister, Fachbereich
Bildung und Sport |
| 4.7 | Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen
Potsdam GmbH
12/SVV/0587 | Oberbürgermeister |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|---|
| 5 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen
die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der
Sitzung vom 05.09.2012 | |
| 6 | Grundstücksverkäufe | |
| 6.1 | Verkauf eines Grundstücks in der Döberitzer Straße
12/SVV/0647 | Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement |
| 6.2 | Verkauf des Grundstücks Höhenstraße
12/SVV/0622 | Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement |
| 6.3 | Verkauf eines Grundstücks in der Bertinistraße
12/SVV/0624 | Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement |
| 6.4 | Verkauf des Grundstücks Seestraße, Baugrundstück
1
12/SVV/0625 | Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement |

- 6.5 Verkauf des Grundstücks Seestraße, Baugrundstück 2 Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement
12/SVV/0646
- 6.6 Verkauf des Grundstücks Seestraße, Baugrundstück 3 Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement
12/SVV/0623



Sachstand zur Erstellung der noch ausstehenden Jahresabschlüsse

Schwerpunkt:

**Erfassung und Bewertung des
Treuhandvermögens der LHP**

**Ausschuss für Finanzen
am 17.10.2012**

Für die noch ausstehenden Jahresabschlüsse 2010 bis 2012 ist folgende Terminplanung vorgesehen:

- | | |
|------------------------------------|---------------|
| ■ Aufstellung Jahresabschluss 2010 | Dezember 2012 |
| ■ Aufstellung Jahresabschluss 2011 | Juni 2013 |
| ■ Aufstellung Jahresabschluss 2012 | Dezember 2013 |

Der Jahresabschluss 2013 soll dann so zeitnah erstellt werden, dass eine Beschlussfassung durch die Stadtverordneten vor dem 31.12.2014 gewährleistet werden kann.

Darauf kommt es an – die Korrektur der Eröffnungsbilanz



Landeshauptstadt
Potsdam

■ Dem Jahresabschluss 2011 kommt eine große Bedeutung zu.

Das Land Brandenburg hat bereits bei der Gesetzgebung zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen vorhergesehen, dass eine so grundlegende Reform für die Kommunen eine besondere Herausforderung darstellt. Für die vollständige Erfassung und sachgerechte Bewertung aller Vermögensgegenstände und Schulden sollte ein ausreichender Zeitrahmen geschaffen werden.

Mit dem § 141 Abs. 21 BbgKVerf hat der Gesetzgeber eine entsprechende **Korrekturfrist für die Eröffnungsbilanz** eingeräumt.

Für die Landeshauptstadt Potsdam läuft diese mit dem **Jahresabschluss 2011** aus. Bis dahin gilt es also, die noch nicht abschließend aufbereiteten, jahresabschlussrelevanten Sachverhalte umzusetzen.

Darauf kommt es an – die Korrektur der Eröffnungsbilanz



Landeshauptstadt
Potsdam

Erfassung und Bewertung des städtebaulichen Treuhandvermögens (THV)

Bei der Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen bedient sich die Landeshauptstadt Potsdam **treuhänderisch tätiger Sanierungs- und Entwicklungsträger**.

Das THV wird den Treuhändern dabei zwar übertragen, die **Landeshauptstadt Potsdam** bleibt jedoch **wirtschaftlicher Eigentümer**. Daraus ergibt sich gemäß § 47 Abs. 1 Satz 2 KomHKV die Erforderlichkeit eines bilanziellen Vermögensausweises.

Somit sind alle Vermögensgegenstände, die sich im städtebaulichen THV und damit im wirtschaftlichen Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden, spätestens zum Jahresabschluss 2011 konkret in die städtische Bilanz aufzunehmen!

Vorbereitende Aufgaben waren:

- Feststellung und Integration der zu beteiligenden Geschäftsbereiche, Fachbereiche und Bereiche sowie deren Ansprechpartner
- Implementierung des Projektes
- Feststellung des Vorhandenseins von Unterlagen und Aufbau der Kommunikation und des Verständnisses
- Einbeziehung der Sanierungsträger und Aufbau eines rechnungslegungsbezogenen Kommunikationsflusses

1. Konzepterstellung

- Festlegung der Vorgehensweise bei der Erfassung und Bewertung des THV
- Analyse der Bildung, laufenden Bewirtschaftung, Auflösung des THV
- bilanzielle und haushaltstechnische Abbildung
- Schnittstellen

2. Aufarbeitung THV

- sukzessive Aufarbeitung des gesamten THV der LHP (Pilotmaßnahme: Holländisches Viertel)
- Dokumentation

3. Leitfaden

- Erarbeitung Leitfaden für die zukünftige Verfahrensweise bei der Abbildung des THV
- Hinweise für die Gestaltung der Kosten- und Finanzierungsübersichten (Definition des Detaillierungsgrades)
- Definition von Berichtserfordernissen

4. Umsetzung

- Umsetzung, Bereinigung, Übernahme
- Verprobung, Dokumentation

Treuhandvermögen (THV) Städtebauliche Maßnahmen der LHP



Landeshauptstadt
Potsdam

■ Sanierungsgebiete der LHP (8)

- Babelsberg-Nord
- Babelsberg-Süd
- Holländisches Viertel
- Potsdamer Mitte
- Schiffbauergasse
- Am Obelisk
- Am Kanal/Stadtmauer
- 2. Barocke Stadterweiterung

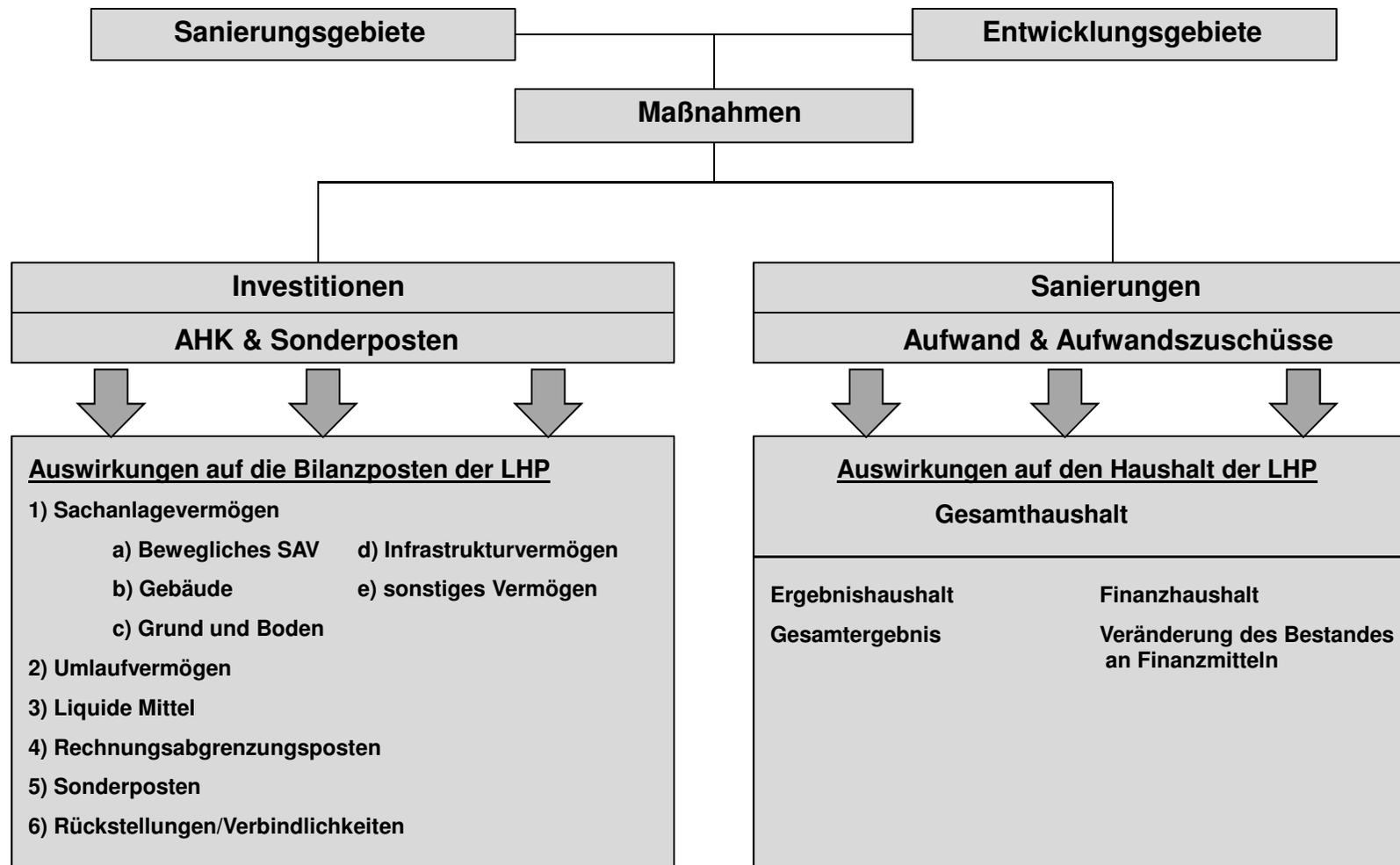


Pilotprojekt zur Konzepterstellung

■ Entwicklungsgebiete der LHP (3)

- Bornstedter Feld
- Babelsberg
- Block 27

Treuhandvermögen (THV) Auswirkungen auf Bilanz und Haushalt



■ Ergebnis der Analyse für das städtebauliche Sanierungsgebiet „Holländisches Viertel“

Im Ergebnis der Aufbereitung der Kosten- und Finanzierungsübersichten für dieses Sanierungsgebiet wurden 84 Maßnahmen (von insgesamt 214 Maßnahmen in diesem Gebiet) identifiziert, die für eine Nacherfassung bzw. für eine Überprüfung der Bewertungen relevant sind.

Davon sind

- 57 Maßnahmen „geleistete Zuwendungen“ für Gebäude in fremden Eigentum
- 19 Maßnahmen mit Auswirkungen auf das Infrastrukturvermögen und
- 8 Maßnahmen, die Gebäude betreffen.

Die vermögensrelevanten Maßnahmen haben ein Volumen von rd. 30,5 Mio. €.

Als Aufwand wurden Maßnahmen mit einem Volumen von rd. 3,6 Mio. € klassifiziert.

Entscheidend ist, dass die Kosten- und Finanzierungsübersichten so detailliert aufbereitet sind, dass derartige Schlussfolgerungen problemlos ermöglicht werden.

Treuhandvermögen (THV)

Mengengerüst weiterer großer Sanierungsmaßnahmen



Landeshauptstadt
Potsdam

	Babelsberg- Nord / Süd	Potsdamer Mitte	Schiffbau- gasse	2. Barocke Stadt- erweiterung
Anzahl der Flurstücke	1218 / 471	170	51	481
Anzahl der Maßnahmen	420	171	72	253
davon aktivierungsrelevant	236	45	42	176
als Gebäude	5	0	18	16
Grund und Boden	10	8	5	0
Infrastruktur	64	19	19	29
Zuschüsse u. ä.	157	18	0	131
Investitionsvolumen aktivierungs- relevanter Maßnahmen	72,0 Mio. €	53,1 Mio. €	84,1 Mio. €	66,5 Mio. €
maßnahmenbezogener Aufwand	7,8 Mio. €	13,1 Mio. €	9,4 Mio. €	5,1 Mio. €

Aktivierungsrelevantes Investitionsvolumen aller Sanierungsmaßnahmen

rd. 308,2 Mio. €

Treuhandvermögen (THV)

Mengengerüst der Entwicklungsmaßnahmen



Landeshauptstadt
Potsdam

	Bornstedter Feld	Babelsberg	Block 27
Anzahl der Flurstücke	1414	461	64
Anzahl der Maßnahmen davon aktivierungsrelevant	Erfassung in Arbeit	233	62
als Gebäude		0	5
Grund und Boden		22	10
Infrastruktur		16	2
Zuschüsse u. ä.		0	1
Investitionsvolumen aktivierungs- relevanter Maßnahmen	164,0 Mio. €	11,6 Mio. €	15,0 Mio. €
maßnahmenbezogener Aufwand	97,5 Mio. €	10,7 Mio. €	1,3 Mio. €

Aktivierungsrelevantes Investitionsvolumen aller Entwicklungsmaßnahmen

rd. 190,6 Mio. €

Darauf kommt es an – die Korrektur der Eröffnungsbilanz



Landeshauptstadt
Potsdam

Betriebe gewerblicher Art (BgA)

- Für einige **BgA** (z. B. Biosphäre, Trinkwasser/Abwasser) werden die Bücher nicht durch die LHP geführt. Hier sind Abstimmungen mit den beteiligten Fachbereichen und eine rechtzeitige Vorlage der Jahresabschlüsse der BgA erforderlich. Nach Auswertung der Abschlüsse sind die einzelnen Konten **in die Buchführung der Landeshauptstadt zu übernehmen**.
- Der **BgA Potsdams Neue Gärten** wurde bisher noch nicht erfasst. Dies hat im Rahmen der Korrektur der Eröffnungsbilanz spätestens mit dem Jahresabschluss 2011 zu erfolgen.

Fortschreibungen und Korrekturen im Sachanlagevermögen

- Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2011 muss auch die **Überarbeitung des Sachanlagevermögens im Bereich der Straßen sowie der Spiel- und Grünflächen** abgeschlossen sein.
- Bei den **unbebauten und bebauten Grundstücken** sind die noch erforderlichen **Wertanpassungen** abschließend vorzunehmen. In der Regel wird dies zu einer Korrektur der Eröffnungsbilanz führen.

Maßnahmenkonkrete Zuordnung der investiven Schlüsselzuweisungen

- Die aus investiven Zuweisungen der öffentlichen Hand gebildeten Sonderposten sind entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände aufzulösen. Nach diesem Prinzip sind auch die **investiven Schlüsselzuweisungen** einzelnen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zuzuordnen.

Aufbau und Pflege des Vertragsregisters

- Mit dem Aufbau eines Vertragsregisters wird eine **verwaltungsweite Übersicht über alle Verträge sowie ähnliche Rechte und Verpflichtungen** der Landeshauptstadt Potsdam geschaffen. Das erleichtert eine vollständige Analyse bezüglich bilanziell abzubildender Risiken (z. B. für Bildung von Rückstellungen).

Darauf kommt es an – Der Jahresabschluss beginnt mit der ersten Buchung



Landeshauptstadt
Potsdam

Letztendlich lassen sich das Erreichen und das Beibehalten zeitgerechter Jahresabschlüsse nur durch die verwaltungsweite Beachtung und Umsetzung folgender **Grundregeln** sicherstellen:

1. Die Aufstellung des kommunalen Jahresabschlusses ist nicht nur **Aufgabe** der Hauptbuchhaltung allein, sondern **der gesamten Verwaltung**. Eine funktionierende Zusammenarbeit aller Beteiligten ist elementar (z. B. Termintreue).
2. Die Jahresabschlusserstellung muss wie ein **Projekt** geplant und durchgeführt werden. Eine klare Festlegung von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Terminen ist unabdingbar (siehe Anlage 1). Ein regelmäßiges **Durchführungscontrolling** sichert das rechtzeitige Gegensteuern bei Verzögerungen.
3. Die **Klärung komplizierter Sachverhalte** muss **sofort** nach der Entstehung bzw. nach dem Bekanntwerden erfolgen. Die Verschiebung des Klärungsprozesses in die Phase der regulären Jahresabschlussarbeiten erzeugt erfahrungsgemäß Kapazitätsengpässe in der Hauptbuchhaltung und in den beteiligten Bereichen.

Darauf kommt es an – Der Jahresabschluss beginnt mit der ersten Buchung



Landeshauptstadt
Potsdam

4. Die wesentlichen Prozesse und Abläufe sind in ständig aktuell zu haltenden **Richtlinien** vorzugeben (z. B. Aktivierungsrichtlinie). Nur so kann ein einheitliches, standardisiertes Vorgehen aller an der Jahresabschlusserstellung Beteiligten gewährleistet werden. Die Einrichtung verschiedener Kontrollinstanzen im Sinne eines internen Kontrollsystems (**IKS**) trägt zu einer nachhaltigen Fehlervermeidung bei.
5. Die **regelmäßige Kommunikation** zwischen den an der Jahresabschlusserstellung Beteiligten muss gesichert sein. Informationsplattformen und anlass- sowie zielgruppenbezogene **Schulungen** dienen der nachhaltigen Qualitätssicherung.
6. Das **Vorziehen von Aktivitäten** der Jahresabschlussarbeiten **vor den Bilanzstichtag** entzerrt zeitliche Engpässe im Aufstellungsprozess (z. B. Vorziehen der Inventur im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten).
7. Die Möglichkeiten der **Vereinfachung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** sollten stringent angewendet werden. Eine vorherige Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt gibt Sicherheit für eine korrekte Umsetzung.
8. Der **Aufbau** und **die Pflege verwaltungsinterner Datensammlungen** und Übersichten erleichtern die Analyse hinsichtlich buchungsrelevanter Sachverhalte. In der Regel bedienen derartige Datenkonzentrationen die Informationsbedarfe mehrerer Zielgruppen und erleichtern somit auch die interne Steuerung (z. B. **Vertragsregister** als Vorstufe des konzentrierten Vertragsmanagements).

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0461

öffentlich

Betreff:

Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 29.06.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Objekt „Döberitzer Straße 3“ an die Pro Potsdam zum Verkehrswert auf der Basis einer Kaltmiete von 4,02 €/m² zu veräußern.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Gebäude ist in einem guten Zustand. Die Mieterinnen bewohnen die darin befindlichen Wohnungen zu vergleichbaren kostengünstigen Mieten. Mit einem Verbleib dieses Mehrfamilienhauses im sozialen Wohnungsmarkt der Stadt wird dem Ziel des Erhalts bezahlbarer Wohnungen gedient.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0468

öffentlich

Betreff:

Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 09.07.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.08.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Diskussionen um den Erhalt des „Lebens- und Lernortes Tornowstraße 38 - nachhaltig leben im urbanen Raum“ konnten trotz des großen Interesses der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Bemühungen der WagenHausBurg-Bewohner/innen zu keinem konkreten Ergebnis geführt werden.

Die in dem geltenden Vertrag enthaltene Option auf Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages war für die Bewohner/innen der WagenHausBurg über die gesamten 12 Jahre der Existenz des Projektes Grundlage ihres konzeptionellen Denkens und Handelns.

Wie dem Konzept des Gemeinschaftsprojektes u. a. zu entnehmen ist, wurden bisher alle Angebote und Projekte selbst bzw. durch akquirierte Fördermittel finanziert.

Die notwendig gewordenen baulichen Maßnahmen jedoch sind nicht aus eigener Kraft finanzierbar, können nur über Fremdfinanzierung, also durch eine Kreditaufnahme, realisiert werden. Dafür müssen die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Über den sozialen Wert des Projektes in seiner Innen- und Außenwirkung wurde bereits viel Positives erklärt. Das legt nahe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich die WagenHausBurg ihren jetzigen Standort langfristig entwickeln kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

X Änderungsantrag

zur Drucksache Nr.

Ergänzungsantrag

12/SVV/0468

Neue Fassung

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Erstellungsdatum 17.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Statdverordnetversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss der Drucksache 12/SVV/0570 am 12.09.2012 im Hauptausschuss wird aufgehoben.

Für das Gebiet an der Fährwiese Hermannswerder wird ein B-Plan aufgestellt.

gez. Saskia Hüneke
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0598

öffentlich

Betreff:

Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 03.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig die Voraussetzungen zur Errichtung eines dringend benötigten Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt im Rahmen eines ppp-Projektes (Mietkauf) zu schaffen. Am Standort des alten Gerätehauses soll eine ebenfalls privat finanzierte Wohnbebauung erfolgen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2012 über die Umsetzung des Beschlusses zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Dringlichkeit für ein neu zu errichtendes Feuerwehr-Gerätehaus im Ortsteil Marquardt wurde durch die Stadtverwaltung wiederholt bestätigt: „die ordnungsgemäße Lagerung von Geräten und persönlicher Ausrüstung, die Bereitstellung von angemessenen sanitären Einrichtungen und die Unterstellung eines weiteren Fahrzeuges, welches normalerweise zur Standardausrüstung gehört, ist gegenwärtig nicht gegeben“ (26.04.2011).

Dass in der Investitionsplanung bis 2015 ein Feuerwehr-Neubau nicht vorgesehen ist, wird mit fehlenden Finanzen und einem erforderlichen Ausschreibungsverfahren zum Erwerb des neuen Baugrundstückes begründet.

Beide Argumente werden jetzt dadurch entkräftet, dass der Investor, Herr Hans-Peter Nelles, den Neubau vorfinanziert und der Stadt ein Austauschgrundstück für den neuen Feuerwehr-Standort anbietet.

Sobald der alte Feuerwehrstandort in das bereits geplante Wohn-Baufeld einbezogen wird, kann auch die Errichtung der energieeffizienten Wohnanlage erfolgen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0528

Betreff:
Kostenlose Nutzung des ÖPNV

nichtöffentlich

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0297

Erstellungsdatum 06.08.2012

Eingang 902: 16.08.2012

Einreicher: Bereich Beteiligungsmanagement

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.08.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2012 wurde der Oberbürgermeister mit Drucksache 12/SVV/0297 gebeten, prüfen zu lassen, ob und wenn ja, wie die Leipziger Aktion „Schluss mit dem Benzinwahnsinn – Zeit für den Umstieg“ in der Stadt Potsdam Anwendung finden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 22. August 2012 vorzulegen. Dem wird hiermit entsprochen.

Die Aktion in Leipzig war eine Marketingaktion der Leipziger Verkehrsbetriebe, um ihr Angebot bei Nichtnutzern des ÖPNV bekannt zu machen. Ob mit dieser Aktion nachhaltig Kunden für den ÖPNV gewonnen werden konnten, kann nicht beurteilt werden.

Die Leipziger sagen in Bezug auf die mediale Wirkung: „Es war die richtige Idee zur richtigen Zeit, Mut und ganz viel Glück“. Partner waren die SPNV-Unternehmen und der Mitteldeutsche Verkehrsverbund.

Diese Leipziger Marketingaktion „Schluss mit dem Benzinpreiswahnsinn – Zeit für den Umstieg“ erfolgte in den Osterferien, zu Zeiten freier Kapazitäten, die es in Potsdam nicht gibt. Hauptgrund hierfür sind die wachsenden Touristenzahlen in Potsdam, die sich auch in einer steigenden Nutzung des ÖPNV in den Ferienzeiten widerspiegeln.

Weiter wird eine solche Bevorteilung einer bestimmten Personengruppe (hier Autoeigentümer) über mehrere Tage gegenüber z.B. den Abo- und Jahreskartenkunden (Verstoß gegen Gleichbehandlung) als eher bedenklich angesehen.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

ViP hat in ihrer Marketingstrategie eine solch umfassende Maßnahme mit Auswirkungen auf das Betriebsgeschehen bisher nicht in Betracht gezogen. Jedoch werden Angebote ähnlicher Art zur Kundengewinnung und –bindung praktiziert. So erhalten z.B. Neubürger ein Tagesticket (Bestandteil des Neubürgerpakets), um den ÖPNV zu testen oder Aktionen an einzelnen Tagen, bei der der Einzelfahrausweis als Tagesticket den ganzen Tag gilt. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Potsdamer Erlebnisnacht am 28.07.2012. Die Einzelfahrausweise galten an diesem Tag bis 3 Uhr des Folgetages als Tagesticket, d.h. von der Entwertung am 28. Juli bis 29. Juli, 3 Uhr. Kinder bis 15 Jahren wurden kostenfrei befördert.

Ein Eingreifen in das laufende Geschäft der in Potsdam fahrenden Verkehrsunternehmen ist nicht zu empfehlen. Das heißt nicht, dass jeder Hinweis zur Gewinnung neuer Kunden dankend angenommen und ernsthaft geprüft wird. Die Leipziger Aktion wird jedoch nicht als in Potsdam praktikabel bewertet.

Die Stadtverwaltung und die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH sind in Bearbeitung des Bürgerhaushalts 2013/14 zurzeit damit befasst, die umfassenden Hinweise zum „Nulltarif im ÖPNV“ auszuwerten. Auch mit Unterstützung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg erfolgt eine Analyse bereits praktizierter Beispiele letztendlich mit der Zielstellung zu erarbeiten, was wäre wie in der Landeshauptstadt Potsdam praktikierbar. Auch Gremien wie der Potsdamer Verkehrstisch sowie der Kundenbeirat der ViP bringen sich in die Diskussion hierzu umfassend ein.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0590

Betreff:
Neubau einer Skaterhalle

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 12/SVV/0036

Erstellungsdatum	30.08.2012
Eingang 902:	30.08.2012

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2012, DS 12/SVV/0036, sind mögliche Standorte und Kosten für eine Skaterhalle in einfacher Ausführung zu prüfen.

Durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) wurden mögliche Standorte und Kosten für die Errichtung einer Skaterhalle in einfacher Ausführung geprüft.

Als „einfache“ Ausführung wurde bei der Prüfung eine Halle **ohne** Beheizung (Kaltluft-Halle), raumluftechnische Anlagen, Toiletten, Umkleide-/Waschmöglichkeiten sowie andere Neben- und Lagerräume angenommen.

Die Halle würde eine natürliche Belichtung und Belüftung sowie eine ergänzende künstliche Beleuchtung erhalten.

Für die Grobkostenschätzung ist man von einer Hallengröße von ca. 45 x 25 m (L x B), einer Traufhöhe von ca. 6 m sowie einer Firsthöhe von ca. 10 m ausgegangen.

Als Grundstück für die Errichtung einer Skater-Halle wird seitens des KIS der Sportplatz an der Pierre de Coubertin-Oberschule (39) im Wohngebiet Am Stern vorgeschlagen. Die Gesamtfläche des Sportplatzes einschließlich eines kleinen öffentlichen Spielplatzes beträgt ca. 7.700 m² und könnte durchaus einem Schulsportplatz und einer Skater-Halle Platz bieten. Die Sportplatzfläche befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Der Gesamtanierungsbedarf des Sportplatzes beträgt nach Einschätzung eines Planungsbüros derzeit ca. 530.000 €. Für die Sanierung des Sportplatzes sind bis 2015 keine finanziellen Mittel im Investitionsplan der LHP und des Wirtschaftsplan des KIS eingestellt.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

zurückgestellt zurückgezogen

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Sitzung am:

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Zu den Kosten im Falle einer Realisierung wurden seitens des KIS einige Varianten unterschiedlicher Hallentypen mit folgenden geschätzten Baukosten (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276) ermittelt:

Geschätzte Baukosten (brutto)

Variante 1: Aluminium-Leichtbauhalle (Traggerüst aus Alu-Hohlprofilen, doppelschalige Kunststoff-Dachhaut, gedämmte Sandwich-Paneelplatten)	ca. 650.000 €
Variante 2: Industriebau-Halle in Skelettbauweise (Außenfassade und Dach aus Porenbeton)	ca. 640.000 €
Variante 3: Lagerhalle in Stahlskelettbau (Trapezblechbekleidung, ungedämmt)	ca. 550.000 €

Die Baunebenkosten (KG 700) sind mit ca. 18 - 22 %, bezogen auf die v. G. Baukosten, hinzuzurechnen. Gemäß den statistischen Kostenkennwerten (BKI 2012; hier: Sport- und Mehrzweckhallen) erhöhen sich die Baukosten hierbei durchschnittlich um ca. 18% für das Herrichten und Erschließen, die Außenanlagen und die Ausstattung.

Die Kosten für die Herrichtung und Erschließung eines Grundstücks (KG 200), standortbedingte Sonderkosten (z.B. aufwendige Gründung, Dekontaminationen etc.), die Herrichtung der Außenanlagen (KG 500) sowie eine Ausstattung (KG 600) sind nicht in den o. g. Kosten enthalten und können nach derzeitigem Kenntnisstand nicht verlässlich benannt werden.

Um den Nutzerbedarfsanforderungen gerecht zu werden, sind jedoch auch Funktionsräume für einen Hallenwart, Sanitär- und Umkleidebereiche sowie andere Funktionsräume für Vereine und Turnierbetrieb vorzusehen. Mit diesen nutzungsbedingten Anforderungen erhöhen sich sowohl die baulichen und technischen Anforderungen an die Halle als auch die Größe der baulichen Anlage.

Die vorgenannten Baukosten erhöhen sich damit jeweils um ca. 850.000 – 950.000 € bei Annahme eines einfachen Standards.

Eine ungedämmte Stahlskelett-Halle (Variante 3) wäre aufgrund der energetischen Anforderungen somit aber nicht mehr umsetzbar.

Werden bei den Betrachtungen auch die Vorstellungen des Vereins Polarstern Potsdam nach multifunktionaler Nutzung (z.B. Inline-Skaterhockey, Inline-Cross-Skating und Skateboarding) mit Zuschauerbetrieb berücksichtigt, so entstehen für die Errichtung einer solchen Halle voraussichtlich Baukosten in Höhe von ca. 3,0 - 3,5 Mio. €.

Je nach Ausführung und Anforderung an die zu errichtende Skater-Halle sind mindestens folgende Gesamtkosten einzukalkulieren (Kostenstand: II. Quartal 2012):

Skater-Halle ohne Funktionsbereiche:	ca. 880.000 €
Skater-Halle mit Funktionsbereichen:	ca. 2.100.000 €
Multifunktionale Skater-Halle mit Zuschauerbetrieb:	ca. 4.500.000 €

Eine Qualifizierung von geschätzten Kosten ist nur nach Erteilung eines Planauftrages möglich. Finanzielle Mittel hierfür stehen derzeit nicht zur Verfügung.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0601

öffentlich

Betreff:

Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 04.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des entstandenen Fehlbedarfs für den Wohnheimneubau der Sportschule am Luftschiffhafen im kommenden Haushaltsjahr sicherzustellen. Die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 ist zu sichern.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Durch die Rücknahme der Förderzusage des Landes ist die Finanzierung des geplanten Wohnheimneubaus mit 120 Plätzen derzeit nicht gesichert. Die Betriebsgenehmigung der derzeit noch genutzten Baracke "Haus 38" läuft zum Ende des laufenden Schuljahres aus. Eine Verlängerung ist aufgrund des baulichen Zustands des Gebäudes nicht zu erwarten. Die dann im Hochhaus zur Verfügung stehenden Plätze decken jedoch lediglich den Bedarf der Sekundarstufe I ab. Entsprechend der beschlossenen Entgeltordnung haben aber alle Sportschüler Anspruch auf einen Wohnheimplatz. Dieser Anspruch ist sicherzustellen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

12/SVV/0601

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE**Betreff:** Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Erstellungsdatum 19.09.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg sowie unter Einbeziehung der Ressourcen der Luftschiffhafen GmbH die Finanzierung des Wohnheimneubaus der Sportschule am Luftschiffhafen im kommenden Haushaltsjahr sicherzustellen. Die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 ist zu sichern.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2012 Bericht zu erstatten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung siehe Anlage



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0587

Betreff:

öffentlich

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Einreicher: Bereich Beteiligungsmanagement

Erstellungsdatum 30.08.2012

Eingang 902: 30.08.2012

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.09.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH von derzeit 25.000 Euro um 75.000 Euro auf 100.000 Euro durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Erhöhung des Stammkapitals von derzeit 25 T€ um 75 T€ auf 100 T€ durch Bareinlage der Gesellschafterin ProPotsdam GmbH.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:**I. Sachverhalt**

Die Luftschiffhafen Potsdam GmbH ist eine Tochtergesellschaft der ProPotsdam GmbH. Die ProPotsdam GmbH hält 100 % der Anteile an dieser Gesellschaft. Die Landeshauptstadt Potsdam wiederum ist alleinige Gesellschafterin der ProPotsdam GmbH.

Gegenstand der Luftschiffhafen Potsdam GmbH ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung genehmigungsfreier immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen aller Art für die Gesellschafterin (ProPotsdam GmbH), für deren Beteiligungsgesellschaften und für die Landeshauptstadt Potsdam, insbesondere die Bewirtschaftung und Entwicklung der sportlichen Infrastruktureinrichtung Luftschiffhafen Potsdam.

Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages nimmt die Gesellschaft für die Landeshauptstadt sämtliche Tätigkeiten wahr, die die Aufrechterhaltung des Betriebes der Objekte und Einrichtungen des Areals Luftschiffhafen sicherstellen. Im Einzelnen erbringt die Gesellschaft gegenüber der Landeshauptstadt Potsdam folgende Leistungen: technisches Facilitymanagement, kaufmännisches Facilitymanagement, Rechnungswesen, Berichtswesen/Controlling und Standortmarketing/Öffentlichkeitsarbeit.

In 2011 hat die Gesellschaft weitere Aufgaben übernommen. Im Rahmen einer Vereinbarung zum Wohnheim Luftschiffhafen mit der ProPotsdam GmbH und der Landeshauptstadt Potsdam hat die Gesellschaft von der ProPotsdam GmbH das bestehende Wohnheimgebäude gepachtet und betreibt seit 01.08.2011 das Wohnheim der Sportschule.

Darüber hinaus verwaltet die Gesellschaft die im Eigentum der ProPotsdam GmbH stehenden Flächen und Gebäude auf dem Areal Luftschiffhafen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2011 154,7 T€.

Das mittelfristig gebundene Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus der Betriebs- und Geschäftsausstattung und beläuft sich zum 31.12.2011 auf 20,2 T€, dies entspricht 13,1 % der Bilanzsumme.

Das kurzfristig gebundene Vermögen zum 31.12.2011 in Höhe von 134,5 T€ umfasst im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, davon 106,0 T€ gegenüber der ProPotsdam GmbH. Die Forderungen gegen die ProPotsdam GmbH betreffen in Höhe von 77,7 T€ Guthaben der Gesellschaft im Cash-Pool. Unter Berücksichtigung der Guthaben im Cash-Pool hatte die Gesellschaft zum 31.12.2011 liquide Mittel von 77,9 T€.

Das Stammkapital beträgt 25,0 T€ und ist voll eingezahlt. Ein Ergebnisabführungsvertrag besteht nicht. Das Geschäftsjahr 2011 wurde bei Umsatzerlösen in Höhe von 1.512,0 T€ mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,6 T€ beendet. Nach Verrechnung des Jahresfehlbetrages und des Verlustvortrages verbleibt ein Eigenkapital in Höhe von 20,5 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 13,3 % und ist damit als gering einzuschätzen.

Die Luftschiffhafen Potsdam GmbH plant für die Folgejahre steigende Umsatzerlöse (Umsatzerlöse lt. Plan 2012: 2.915 T€), insbesondere durch die Inbetriebnahme der Schulsporthalle (MBS-Arena) zu Beginn des Jahres 2012 und den ganzjährigen Betrieb des Wohnheims. Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein geringer Jahresüberschuss von 8,0 T€ erwartet. Mit der Ausweitung der Geschäftstätigkeit und der Übernahme von weiterem Personal steigen jedoch die finanziellen Risiken einer nicht vollständigen Kostenweiterberechnung. Bereits bei geringen Planabweichungen kann es zu Jahresfehlbeträgen kommen, die dann das Eigenkapital mindern.

Das Stammkapital beträgt derzeit weniger als 1 % der für 2012 geplanten Umsatzerlöse, mit Erhöhung auf 100 T€ stiege das Stammkapital dann auf etwa 3,4 % der für 2012 geplanten Umsatzerlöse.

II. Handlungsbedarf

Die ProPotsdam GmbH als Gesellschafterin der Luftschiffhafen Potsdam GmbH beabsichtigt, die Eigenkapitalausstattung durch die Erhöhung des Stammkapitals von derzeit 25 T€ um 75 T€ auf 100 T€ zu stärken.

Die Erhöhung des Stammkapitals erfolgt durch Gesellschafterbeschluss. Die Funktion des Gesellschafters in der Luftschiffhafen GmbH wird durch die ProPotsdam GmbH wahrgenommen. Aufgrund der Regelung im Gesellschaftsvertrag der ProPotsdam GmbH sind Stimmabgaben der Geschäftsführung der ProPotsdam GmbH in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung der Luftschiffhafen Potsdam GmbH in Angelegenheiten, die nach dem Gesellschaftsvertrag der Luftschiffhafen Potsdam GmbH in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung fallen, durch die Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH zu beschließen. Beschlussvorlagen für die Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH sind satzungsgemäß vom Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH zu beraten. Der Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH hat in seiner Sitzung am 31.05.2012 eine Beschlussempfehlung zur Eigenkapitalstärkung der Luftschiffhafen Potsdam GmbH an die Gesellschafterin der ProPotsdam GmbH, die Landeshauptstadt Potsdam, gegeben.

Die Erhöhung des Stammkapitals ist nur durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH möglich.

Die Erhöhung des Stammkapitals bzw. Abänderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH bedarf der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH berücksichtigt die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Maßnahme dient der Stärkung des Eigenkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

III. Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen für die Erhöhung des Stammkapitals bzw. Abänderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH sind das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam.

Gemäß § 13 Abs. 3 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04.03.2009 entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über den wesentlichen Inhalt von Satzungen von Gesellschaften, an denen die Landeshauptstadt Potsdam unmittelbar oder mittelbar mehr als ein Viertel der Anteile hält sowie über die Entsendung von Stadtverordneten in Aufsichtsräte oder Beiräte dieser Gesellschaften. Es wird ein Katalog wesentlicher Inhalte von Gesellschaftssatzungen aufgezählt. Wesentlicher Inhalt ist demnach der Betrag des Stammkapitals.



Niederschrift 40. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 17.10.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Kaminski, Peter
Frau Birgit Morgenroth	SPD	Vertretung für: Herrn Schubert, Mike
Herr Horst Heinzl	CDU	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Stefan Becker	FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß Potsdamer
Demokraten

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Torsten Kalweit	CDU
Herr Ingo Korne	DIE LINKE
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE
Herr Uwe Stab	SPD
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Beigeordneter

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Rosteck	FDP	entschuldigt
Frau Anke Lehmann	Die Andere	nicht anwesend
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Konstantin Pötschke	SPD	entschuldigt

Schriftführer:

Herr Mathias Jeske

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 05.09.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.1 Sachstand Jahresabschlüsse - insbesondere Treuhandvermögen
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.3 Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt
Vorlage: 12/SVV/0598
Fraktion DIE LINKE
- 4.4 Kostenlose Nutzung des ÖPNV
Vorlage: 12/SVV/0528

- Oberbürgermeister
- 4.5 Neubau einer Skaterhalle
Vorlage: 12/SVV/0590
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport
- 4.6 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen
Vorlage: 12/SVV/0601
Fraktion DIE LINKE
neue Fassung vom 19.09.12
- 4.7 Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 12/SVV/0587
Oberbürgermeister

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 40. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 05.09.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Dr. Wegewitz informiert die Mitglieder über die Bitte um Rederecht zum Tagesordnungspunkt 4.2 der Wagenhausbewohner aus Hermannswerder. Den Tagesordnungspunkt 4.4 möchte Herr Dr. Wegewitz auf Grund des Inhaltes nach dem Tagesordnungspunkt 4.6 behandeln.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Da keine Einwände zur Niederschrift bestehen, wird auch die Niederschrift bestätigt.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner informiert über dem am 28.09.2012 veröffentlichten Haushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam und das die Sperre der vorläufigen

Haushaltsführung aufgehoben wurde.

zu 3.1 Sachstand Jahresabschlüsse - insbesondere Treuhandvermögen
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Frau Gruß informiert an Hand einer Präsentation über die Jahresabschlussarbeiten und insbesondere über die Aufarbeitung und Auswirkungen des Treuhandvermögens.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach der Bedeutung des aktivierungsrelevanten Vermögens für die Landeshauptstadt Potsdam und ob das „Sanierungsvermögen“ gleich veräußerbares Vermögen darstellt, dies also als Puffer für spätere Investition dienen kann.

Frau Gruß (Servicebereich Finanzen und Berichtswesen) bejaht diesen „Vermögenspuffer“, jedoch fällt darunter auch Infrastrukturvermögen, welches nicht veräußerbar ist.

Herr Exner (Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service) betont, dass das bilanzierte Vermögen nicht gleichzusetzen ist mit dem veräußerbaren Vermögen und gibt zur Kenntnis, dass es sich bei diesem wirtschaftlichen Eigentum um ca. 500 Mio. € aufzuarbeitendes Vermögen handelt.

Herr Stab möchte wissen, ob die Planung, den Jahresabschluss 2011 im Juni 2013 fertigzustellen, realistisch ist und ob dabei auch alle Maßnahmen abgehandelt werden können.

Frau Gruß informiert über die straffe aber realistische Planung und Vorgehensweise und dass dabei nichts „unangefasst“ bleibt, da dann letztmalig die Eröffnungsbilanz korrigiert werden darf.

Herr Stab möchte wissen, was es mit dem Vertragsregister auf sich hat und für wen dieses bestimmt sei.

Frau Gruß erläutert den Aufbau und die Erfassung aller Verträge und die daraus resultierende Risiken und Fristen bzw. finanziellen Verpflichtungen und dass diese Abbildung nur der Verwaltung dient.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Gebäude Döberitzer Straße 3 für sozialen Wohnungsmarkt dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0461

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler erläutert die Vorlage.

Herr Exner betont den laut Gutachten 6-stelligen Sanierungsbedarf.

Herr Schüler erläutert 2 Optionen.

Die 1. Option wäre es zum Höchstgebot zu verkaufen und keinen Einfluss auf die Mietentwicklung zu haben.

Die 2. Option wäre es die Immobilie an die Pro Potsdam zu verkaufen, zwar einen geringeren Verkaufserlös zu erzielen, aber weiterhin und nachhaltig Einfluss auf die Mietentwicklung nehmen zu können.

Herr Dr. Wegewitz erkundigt sich, wie viel Mietimmobilien sich noch in direkter Hand der Verwaltung befinden.

Frau Krusemark (Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement) informiert über die Mietpreisbindung und dass die Anzahl der Grundstücke weniger als 50 sind.

Herr Heinzl fragt, ob die Pro Potsdam überhaupt interessiert sei an den Grundstücken.

Herr Schüler sagt, dass das egal sei, da die Gesellschafterin die Landeshauptstadt sei und das anweisen könne.

Herr Exner erläutert die Regelabfrage bei der Pro Potsdam, über sämtliche Grundstücke, welche die Landeshauptstadt verkaufen möchte.

Herr Schüler betont nochmal, dass es nicht interessiert, was die Pro Potsdam will, sondern was die Landeshauptstadt Potsdam will.

Frau Müller stellt den Geschäftsordnungsantrag, die weitere Diskussion in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben.

Dieser wird mit 6 JA-Stimmen und 1 Nein-Stimme befürwortet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Objekt „Döberitzer Straße 3“ an die Pro Potsdam zum Verkehrswert auf der Basis einer Kaltmiete von 4,02 €/m² zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Sabo (Stellvertreter der Anwohner „Wagenhausburg“) nimmt sein Rederecht

wahr und will Klarheit schaffen und einiges richtig stellen.

Die 6 Mio. € beziehen sich auf das gesamte Areal und die Wagenburg belegt nur 1/6 der Fläche. Zudem wird der Ort von ca. 1500 Potsdamern/innen bei Projekten und Veranstaltungen besucht. Der Verein möchte das Grundstück auch nicht geschenkt haben, sondern einen angemessenen Erbbaupachtzins bezahlen. Auch trägt der Verkauf der Grundstücke nicht zum günstigen Wohnen in Potsdam bei und viele Umfeldfaktoren wurden im Gutachten nicht berücksichtigt.

Herr Schultheiß erinnert an den Ursprung, dass damals die Wagen einfach in der Landeshauptstadt ankamen und von der AWO dort angesiedelt wurden. Es war auch klar und bekannt, dass der Vertrag am 30.09.2012 endet und man habe sich nicht darum bemüht, eine neue Fläche zu suchen.

Herr Schüler betont die erfreuliche Bereicherung an solchen Projekten und bemängelt die Vorlage der Stadt mit sehr hohen Preisen und dass das Gutachten auf einer Reihe von Annahmen beruht, sowie unterschiedliche Verkaufserlöse bei zeitlich unterschiedlichen Verkäufen aufzeigt.

Herr Becker bezweifelt diesen Standort als geeignet und weist auf die Opportunitätskosten hin. Er findet den Hauptausschussbeschluss und die Übergangsregelung gut vertretbar und dass die Projektqualität nicht zwingend ortsgebunden ist.

Herr Exner erläutert die Mitteilungsvorlage, welche über die Szenarien berichtet hatte und die Fläche von 17 Tsd. m² Fläche, welche bereits über Baurecht verfügen. Die Einnahmen werden zudem als Deckelung für den Investitionshaushalt benötigt, da die Zuweisungen vom Land definitiv immer weiter sinken. Man habe zudem 77 Grundstücke als Ausweichmöglichkeit beleuchtet und 5 davon als geeignet festgestellt. Zu diesen zählt auch das Grundstück in Golm mit ca. 33 Tsd. m², welches in den 5 Jahren der Übergangsregelung bearbeitet und hergerichtet werden kann. Der jetzige Standort weist zudem auch bauordnungsrechtliche Versagungsgründe auf.

Herr Wollenberg möchte die gesamtstädtischen Interessen nicht außen vor lassen und findet diese exponierte Lage für eine öffentliche Gemeinschaft gut und zudem sei das Alternativgrundstück noch nicht klar.

Frau Müller fand, dass der Gutachter im Hauptausschuss ein sehr unsicheres Auftreten hatte in Bezug auf die Bewertung der Grundstücke. Sie möchte wissen, wie der Ortsbeirat Golm dazu steht und ob ein 2. Gutachten schon konkret anvisiert wurde.

Herr Heinzl berichtet über die Ablehnung des Antrages im Ortsbeirat Golm und dass somit der Hauptausschussbeschluss akzeptiert wird. Herr Heinzl findet das Projekt super aber die Lage für nicht angebracht.

Herr Wolff möchte nicht, dass vorschnell entschieden wird, da der Wert der Grundstücke nicht verloren geht.

Herr Schüler betont nochmal, dass der Verein nicht subventioniert werden will, sondern einen angemessenen Preis aushandeln möchte.

Herr Dr. Wegewitz fand das Auftreten des Gutachters nicht unsicher und betont, dass es sich hier um einen öffentlich bestellten und vereidigten Gutachter

handelt, welcher als Fachmann zählt und hält die Forderung eines 2. Gutachtens, erneut über Steuergelder finanziert, für nicht angebracht. Und auch der Wunsch nach einem neuen B-Plan bringe völlige Ungewissheit.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Bewohner/innen der WagenHausBurg in Verhandlungen zum Abschluss eines Erbbaurechts- bzw. Kaufvertrages für den jetzigen Standort Tornowstraße 38 auf Hermannswerder einzutreten.

Über die jeweiligen Ergebnisse der Gespräche ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Oktober 2012, zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses im Ortsteil Marquardt

Vorlage: 12/SVV/0598

Fraktion DIE LINKE

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) erläutert den Sachstand der Planung. Daraus geht hervor, dass der KIS nach dem Ortsteil Satzkorn auch den Ortsteil Marquardt mit einem neuen Feuerwehrgerätehaus ausstattet, voraussichtlich in 2013/2014.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) berichtet über den beschlossenen Wirtschaftsplan des KIS in dem 2013 die Planung und 2014 die Realisierung gesichert ist.

Herr Wollenberg stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages, bis die Aussagen von Herrn Hülsebeck und Herrn Richter im Protokoll Bestätigung finden.

zu 4.4 Kostenlose Nutzung des ÖPNV

Vorlage: 12/SVV/0528

Oberbürgermeister

Frau Müller gibt zur Kenntnis, dass auch Leipzig wachsende Touristenzahlen hat. In Halle wurden diese 5 Tage mit Erfolg abgeschlossen und es muss lediglich die Nachhaltigkeit geprüft werden.

In Potsdam müsse dies zusammen mit einem verbesserten ÖPNV-Angebot angeboten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2012 wurde der Oberbürgermeister mit Drucksache 12/SVV/0297 gebeten, prüfen zu lassen, ob und wenn ja, wie die Leipziger Aktion „Schluss mit dem Benzinwahnsinn – Zeit für den Umstieg“ in der Stadt Potsdam Anwendung finden kann. Das Ergebnis

der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 22. August 2012 vorzulegen. Dem wird hiermit entsprochen.

Die Aktion in Leipzig war eine Marketingaktion der Leipziger Verkehrsbetriebe, um ihr Angebot bei Nichtnutzern des ÖPNV bekannt zu machen. Ob mit dieser Aktion nachhaltig Kunden für den ÖPNV gewonnen werden konnten, kann nicht beurteilt werden.

Die Leipziger sagen in Bezug auf die mediale Wirkung: „Es war die richtige Idee zur richtigen Zeit, Mut und ganz viel Glück“. Partner waren die SPNV-Unternehmen und der Mitteldeutsche Verkehrsverbund.

Diese Leipziger Marketingaktion „Schluss mit dem Benzinpreiswahnsinn – Zeit für den Umstieg“ erfolgte in den Osterferien, zu Zeiten freier Kapazitäten, die es in Potsdam nicht gibt. Hauptgrund hierfür sind die wachsenden Touristenzahlen in Potsdam, die sich auch in einer steigenden Nutzung des ÖPNV in den Ferienzeiten widerspiegeln.

Weiter wird eine solche Bevorteilung einer bestimmten Personengruppe (hier Autoeigentümer) über mehrere Tage gegenüber z.B. den Abo- und Jahreskartenkunden (Verstoß gegen Gleichbehandlung) als eher bedenklich angesehen.

ViP hat in ihrer Marketingstrategie eine solch umfassende Maßnahme mit Auswirkungen auf das Betriebsgeschehen bisher nicht in Betracht gezogen. Jedoch werden Angebote ähnlicher Art zur Kundengewinnung und -bindung praktiziert. So erhalten z.B. Neubürger ein Tagesticket (Bestandteil des Neubürgerpakets), um den ÖPNV zu testen oder Aktionen an einzelnen Tagen, bei der der Einzelfahrausweis als Tagesticket den ganzen Tag gilt. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Potsdamer Erlebnisnacht am 28.07.2012. Die Einzelfahrausweise galten an diesem Tag bis 3 Uhr des Folgetages als Tagesticket, d.h. von der Entwertung am 28. Juli bis 29. Juli, 3 Uhr. Kinder bis 15 Jahren wurden kostenfrei befördert.

Ein Eingreifen in das laufende Geschäft der in Potsdam fahrenden Verkehrsunternehmen ist nicht zu empfehlen. Das heißt nicht, dass jeder Hinweis zur Gewinnung neuer Kunden dankend angenommen und ernsthaft geprüft wird. Die Leipziger Aktion wird jedoch nicht als in Potsdam praktikabel bewertet.

Die Stadtverwaltung und die ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH sind in Bearbeitung des Bürgerhaushalts 2013/14 zurzeit damit befasst, die umfassenden Hinweise zum „Nulltarif im ÖPNV“ auszuwerten. Auch mit Unterstützung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg erfolgt eine Analyse bereits praktizierter Beispiele letztendlich mit der Zielstellung zu erarbeiten, was wäre wie in der Landeshauptstadt Potsdam praktikierbar. Auch Gremien wie der Potsdamer Verkehrstisch sowie der Kundenbeirat der ViP bringen sich in die Diskussion hierzu umfassend ein.

zu 4.5 Neubau einer Skaterhalle

Vorlage: 12/SVV/0590

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

Es besteht kein Redebedarf.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2012, DS 12/SVV/0036, sind mögliche Standorte und Kosten für eine Skaterhalle in einfacher Ausführung zu prüfen.

Durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) wurden mögliche Standorte und Kosten für die Errichtung einer Skaterhalle in einfacher Ausführung geprüft.

Als „einfache“ Ausführung wurde bei der Prüfung eine Halle **ohne** Beheizung (Kaltluft-Halle), raumluftechnische Anlagen, Toiletten, Umkleide-/Waschmöglichkeiten sowie andere Neben- und Lagerräume angenommen.

Die Halle würde eine natürliche Belichtung und Belüftung sowie eine ergänzende künstliche Beleuchtung erhalten.

Für die Grobkostenschätzung ist man von einer Hallengröße von ca. 45 x 25 m (L x B), einer Traufhöhe von ca. 6 m sowie einer Firsthöhe von ca. 10 m ausgegangen.

Als Grundstück für die Errichtung einer Skater-Halle wird seitens des KIS der Sportplatz an der Pierre de Coubertin-Oberschule (39) im Wohngebiet Am Stern vorgeschlagen. Die Gesamtfläche des Sportplatzes einschließlich eines kleinen öffentlichen Spielplatzes beträgt ca. 7.700 m² und könnte durchaus einem Schulsportplatz und einer Skater-Halle Platz bieten. Die Sportplatzfläche befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Der Gesamt-sanierungsbedarf des Sportplatzes beträgt nach Einschätzung eines Planungsbüros derzeit ca. 530.000 €. Für die Sanierung des Sportplatzes sind bis 2015 keine finanziellen Mittel im Investitionsplan der LHP und des Wirtschaftsplan des KIS eingestellt.

Zu den Kosten im Falle einer Realisierung wurden seitens des KIS einige Varianten unterschiedlicher Hallentypen mit folgenden geschätzten Baukosten (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276) ermittelt:

Geschätzte Baukosten (brutto)

Variante 1: Aluminium-Leichtbauhalle (Traggerüst aus Alu-Hohlprofilen, doppelschalige Kunststoff-Dachhaut, gedämmte Sandwich-Paneelplatten) ca. 650.000 €

Variante 2: Industriebau-Halle in Skelettbauweise (Außenfassade und Dach aus Porenbeton) ca. 640.000 €

Variante 3: Lagerhalle in Stahlskelettbau (Trapezblechbekleidung, ungedämmt) ca. 550.000 €

Die Baunebenkosten (KG 700) sind mit ca. 18 - 22 %, bezogen auf die v. G. Baukosten, hinzuzurechnen. Gemäß den statistischen Kostenkennwerten (BKI 2012; hier: Sport- und Mehrzweckhallen) erhöhen sich die Baukosten hierbei durchschnittlich um ca. 18% für das Herrichten und Erschließen, die Außenanlagen und die Ausstattung.

Die Kosten für die Herrichtung und Erschließung eines Grundstücks (KG 200), standortbedingte Sonderkosten (z.B. aufwendige Gründung, Dekontaminationen etc.), die Herrichtung der Außenanlagen (KG 500) sowie eine Ausstattung (KG 600) sind nicht in den o. g. Kosten enthalten und können nach derzeitigem Kenntnisstand nicht verlässlich benannt werden.

Um den Nutzerbedarfsanforderungen gerecht zu werden, sind jedoch auch Funktionsräume für einen Hallenwart, Sanitär- und Umkleidebereiche sowie andere Funktionsräume für Vereine und Turnierbetrieb vorzusehen. Mit diesen nutzungsbedingten Anforderungen erhöhen sich sowohl die baulichen und technischen Anforderungen an die Halle als auch die Größe der baulichen Anlage.

Die vorgenannten Baukosten erhöhen sich damit jeweils um ca. 850.000 – 950.000 € bei Annahme eines einfachen Standards.

Eine ungedämmte Stahlskelett-Halle (Variante 3) wäre aufgrund der energetischen Anforderungen somit aber nicht mehr umsetzbar.

Werden bei den Betrachtungen auch die Vorstellungen des Vereins Polarstern Potsdam nach multifunktionaler Nutzung (z.B. Inline-Skaterhockey, Inline-Cross-Skating und Skateboarding) mit Zuschauerbetrieb berücksichtigt, so entstehen für die Errichtung einer solchen Halle voraussichtlich Baukosten in Höhe von ca. 3,0 - 3,5 Mio. €.

Je nach Ausführung und Anforderung an die zu errichtende Skater-Halle sind mindestens folgende Gesamtkosten einzukalkulieren (Kostenstand: II. Quartal 2012):

Skater-Halle ohne Funktionsbereiche:	ca. 880.000 €
Skater-Halle mit Funktionsbereichen:	ca. 2.100.000 €
Multifunktionale Skater-Halle mit Zuschauerbetrieb:	ca. 4.500.000 €

Eine Qualifizierung von geschätzten Kosten ist nur nach Erteilung eines Planauftrages möglich. Finanzielle Mittel hierfür stehen derzeit nicht zur Verfügung.

zu 4.6 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen

Vorlage: 12/SVV/0601

Fraktion DIE LINKE

neue Fassung vom 19.09.12

Frau Dr. Magdowski (Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Sport) erläutert den Bedarf von Plätzen und dass man bemüht sei, mit dem Land die EFRE-Mittel zu kompensieren.

Herr Wollenberg möchte verstärkte Gespräche von Verwaltung und Land und keine Finanzierung durch die Stadt.

Frau Rademacher (Fachbereich Bildung und Sport) erläutert die Vertragslage und das Dreiecksmodell zwischen der Pro Potsdam (Eigentümerin), der LSH GmbH (Trägerin), welche die Pacht zahlt und der Landeshauptstadt Potsdam. Fehlende Fördermittel bedeuten im Ernstfall höhere Kreditaufnahmen durch die Pro Potsdam, jedoch sei das Landesinteresse sehr hoch.

Herr Dr. Wegewitz möchte wissen, ob ein solcher Antrag hilfreich oder eher kontraproduktiv sei bzw. ob dieser Antrag durch Verwaltungshandeln bereits erledigt ist.

Herr Wollenberg möchte unterstützend wirken und formuliert den Antrag neu.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des entstandenen Fehlbedarfs für den Wohnheimneubau der Sportschule am Luftschiffhafen im kommenden Haushaltsjahr sicherzustellen. Die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 ist zu sichern.~~

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei der Landesregierung darauf hinzuwirken, die ausgefallenen EFRE-Mittel zur Errichtung des Wohnheimneubaus der Sportschule am Luftschiffhafen durch eine anderweitige Landesförderung zu kompensieren. Damit soll die ausreichende Bereitstellung von Wohnheimplätzen für anspruchsberechtigte Sportschüler ab dem Schuljahr 2013/14 gesichert werden.

Der SVV ist in ihrer Sitzung im Dezember 2012 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.7 Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Vorlage: 12/SVV/0587

Oberbürgermeister

Herr Barge (Bereich Beteiligungsmanagement) erläutert den Antrag.

Herr Becker möchte wissen, warum das Stammkapital gleich vervierfacht werden soll und ob die Pro Potsdam eine Rendite fordert.

Herr Barge erläutert die Stammkapitalerhöhung mit dem 1. Jahr der LSH GmbH, in dem die LSH GmbH Verlust eingebracht hat und ihr dadurch der Rücken gestärkt werden soll. Er informiert auch darüber, dass die Pro Potsdam keine Rendite fordert und die Prüfer dies so empfohlen haben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erhöhung des Stammkapitals der Luftschiffhafen Potsdam GmbH von derzeit 25.000 Euro um 75.000 Euro auf 100.000 Euro durch Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

